

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 10

Artikel: Gewünscht : ein Staatspräsident : China will den Weg der Gewaltentrennung beschreiten
Autor: Chen, C.J.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094449>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

China will den Weg der Gewaltentrennung beschreiten

Gewünscht: ein Staatspräsident

C. J. Chen zu einer bewegten Amtsgeschichte

In China diskutiert man eine neue Verfassung und dabei die Wiedereinführung des Präsidentschaftsamtes. Mao hatte es aus Konkurrenzangst abgeschafft. Heute soll es unter andern Vorzeichen neu entstehen: als Gegengewicht zur Machtkonzentration an der Parteispitze.

Die Shanghaier Zeitschrift «Minzhu yu Fazhi» (Demokratie und Rechtssystem) brachte in ihrer Märznummer einen Beitrag mit Vorschlägen in zehn Punkten zu einer Verfassungsrevision. Der Hauptpunkt betraf das Amt des Staatspräsidenten. Man hatte es nach der Kulturrevolution abgeschafft und will es jetzt reinstitutionalisieren.

Eine Formalität? Das ist jedenfalls nicht die Meinung der Befürworter. Der Autor Chao Siyuan begründet die Forderung ausdrücklich mit der Notwendigkeit, Machtkonzentration zu vermeiden.

Die praktischen Pflichten eines Staatsoberhauptes erfüllt Ye Jiangying, der den Ständigen Ausschuss des Volkskongresses präsidiert. Für Chao entspricht diese Interimslösung weder dem Staatssystem noch der Gesetzlichkeit.

Dem künftigen Staatsoberhaupt will man breite Kompetenzen einräumen. Es soll die Streitkräfte kommandieren, die Regierung führen und gegebenenfalls den Notstand ausrufen können. Und dies alles in Abgrenzung zu den Kompetenzen der Parteiführung.

Das gleiche Begehren hat bei einer kürzlichen Juristentagung in Beijing auch Zhang Youyu erhoben, Vizevorsteher der Rechtskommission des Volkskongresses und Vizedirektor der Chinesischen Akademie für Gesellschaftswissenschaften. Der Vorschlag hat wahrscheinlich grünes Licht.

Zurzeit spricht man in China nur von der Institution und nicht von der Person. Logischer Kandidat wäre eigentlich Deng Xiaoping, der zweitens stellvertretender Parteivorsitzender ist und erstens der starke Mann Chinas und der Motor der Reformen. Aber er hat unter Hinweis auf

sein Alter (76) schon den Parteivorsitz abgelehnt. Ohnehin steht personell und organisatorisch zunächst die Parteiführung zur Debatte. Vielleicht wird man den Posten des Parteivorsitzenden (gegenwärtig Hua Guofeng) überhaupt aufheben und nur noch das Amt des Generalsekretärs weiterführen. Darüber wird man nach dem nächsten ZK-Plenum mehr wissen, und erst später zeigt sich dann, wer für das «Gegengewicht» als Staatsoberhaupt frei wäre.

Die Institution, die Mao entglitt: erst Annex, dann Korrektiv und schliesslich «Feind»

Die Frage von Person und Amt des Staatspräsidenten war in China aufs engste mit den grossen Macht- und Richtungskämpfen der maoistischen Zeit verbunden.

1954 hatte man das Amt verfassungsmässig in aller Selbstverständlichkeit geschaffen, und ebenso selbstverständlich schien es, dass es von

Mao beansprucht wurde: ein Zusatz-Ornat für den mächtigen Führer und «grossen Steuer-mann».

Aber fünf Jahre später sah es schon anders aus. Mit seiner linksradikalen Politik der «drei roten Banner» führte Mao das Land in die äusserste Misere, und in der Parteiführung erhoben sich kritische Stimmen. Verdrossen verzichtete er auf eine neue Periode als Staatspräsident und liess es zu, dass der Volkskongress nunmehr Liu Shaoqi auf diesen Posten berief.

Liu waltete seines Amtes im Geiste des pragmatischen Parteiflügels. Das zeigte sich besonders im sogenannten «Regulierungskurs» (Reformkurs) von 1962 bis 1965. Damals leitete er zusammen mit Zhou Enlai, Deng Xiaoping und Chen Yun die nötigsten Massnahmen, um die von Mao verursachte Wirtschaftskrise zu überwinden. Er hatte Erfolg damit und gewann an Ansehen.

Mao hatte sich zunächst von der Verwaltung entfernt, um sich auf ideologische Aufgaben zu konzentrieren. Doch die praktische Tätigkeit seiner Sachwalter missfiel ihm immer mehr. Er begann revisionistischen Verrat an der Sache des Kommunismus zu wittern und in der Person von Liu einen «chinesischen Chruschtschow» zu sehen. Weil ihm die institutionellen Machtmittel entglitten waren, entfachte Mao 1966 die Kulturrevolution mit der Parole, das «bürgerliche Hauptquartier mit Liu Shaoqi an der Spitze» zu zerschlagen.

Nach einem langen Kesseltreiben wurde Liu 1968 (natürlich verfassungswidrigerweise) entmachtet und «starb» 1969 im Gefängnis.

Von da an war das Amt des Staatspräsidenten verwaist und schien schon so gut wie vergessen. Doch dann erinnerte sich ein Emporkömmling der Kulturrevolution und Schützling Maos an diese Möglichkeit: Lin Biao. Er hatte dank der Kulturrevolution seine persönliche Macht 1970 expandieren können, war «engster Waffengefährte» Maos und sein «offizieller Nachfolger». Aber er wollte nicht auf die Nachfolge warten und erhob gegen Maos Willen Anspruch auf den vakanten Posten des Staatspräsidenten. Deshalb rückte die Frage, ob China überhaupt ein Staats-

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

Anlagehefte 4½%
Kassa-Obligationen 6¼%
Anlageplus
(Die City Bank gehört zur Gruppe
der Schweizerischen Kreditanstalt)

Mehr Zins - Mehr Sicherheit.

Die Formel für den klugen Anleger.

Coupon	Name	Vorname
Bitte senden Sie mir Ihre Unterlagen über Anlageplus.	Strasse	ZB
	PLZ/Ort	

Einsenden an City Bank, Talstrasse 58, 8021 Zürich, Telefon 01 211 76 11



Importeur feiner Qualitätsweine

Feinste Qualitäten werden im In- und Ausland ausgesucht und in unseren Kellereien gepflegt. Erfreuen Sie sich und Ihre Gäste mit einem edlen Tropfen! Verlangen Sie bitte unsere Preisliste.

Vins Hess Weine
Bern - Steinhölzli Telefon 031/53 85 55

oberhaupt brauche, in den Mittelpunkt des Machtkampfes zwischen Mao und Lin. (1971 versuchte Lin Biao dann einen Militärputsch und kam nach dessen Scheitern bei einem Flugzeugabsturz um, angeblich auf der Flucht in die Sowjetunion.)

Als 1975, ein Jahr vor Maos Tod, das Amt des Staatspräsidenten formell abgeschafft wurde, indem man einfach den betreffenden Verfassungsartikel durchstrich, achtete niemand darauf. Zu jener Zeit (die Viererbande war auf dem Höhepunkt ihrer Macht) wusste ja auch niemand, wo die Grenzen zwischen «Partei» und «Regierung» lagen. Die protokollarischen Obliegenheiten eines Staatspräsidenten hatte seit Lius Sturz der jeweilige Präsident des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses übernommen, und niemandem ist es in den Sinn gekommen, diesen höheren Amtsdieners mit einem wirklichen Staatsoberhaupt zu verwechseln.

Heute: Schafft das Amt und teilt die Macht!

Heute geht es den Reformern nicht nur darum, wieder ein «richtiges» Staatsoberhaupt zu haben, sondern vor allem darum, mit dem Präsidentschaftsamt die Machtverhältnisse von Partei und Staat zu entflechten.

Gemäss der jetzigen Verfassung gibt es keine staatliche Gewalt, die nicht von der Partei geborgt wäre. Der Vorsitzende der Militärkommission (der Partei) ist Oberkommandierender der Streitkräfte (gegenwärtig Deng Xiaoping), der Regierungschef wird auf «Vorschlag» des Zentralkomitees eingesetzt und abgesetzt, ein institutionalisiertes Amt des Staatspräsidenten fehlt überhaupt.

Die heutige Führung scheint gewillt, bei der kommenden Verfassungsänderung die Gewichte anders zu verteilen. Hierzu spielt ein Staatsoberhaupt mit Eigengewicht eine grosse Rolle. Man sieht vor, ihm die nötigen Kompetenzen zu geben:

1. Der Staatspräsident ist Staatsoberhaupt und wird vom Volkskongress gewählt. Er vertritt den Staat nach aussen und führt die Regierung. Er

ernennt mit Zustimmung des Volkskongresses den Ministerpräsidenten und überwacht die Regierungstätigkeit. Die Regierung ihrerseits ist dem Volkskongress verantwortlich. Der Staatspräsident kann innerhalb seiner Amtsperiode nur wegen Verletzung der Verfassung abgesetzt werden. Die Amtsenthebung ist ausschliesslich Sache des Volkskongresses und kann nicht durch die Partei vorgenommen werden.

2. Dem Staatsoberhaupt unterstehen die Streitkräfte. Wenn dieser Punkt realisiert wird, schwinden die Möglichkeiten zur Willkürherrschaft der Parteiführung. Solange die Streitkräfte nicht dem Staat unterstellt sind, kann jedenfalls von einer «Normalisierung des staatlichen Systems» nicht die Rede sein.

*

Demgegenüber besteht der Einwand, dass das Amt des Staatspräsidenten doch nur Fassade sein könnte, ein staatliches Alibi für die parteiliche Macht. Das ist insofern richtig, als der neue Amtsinhaber ohne Zweifel ein hoher Parteimann sein wird. Die Macht bleibt elitär. Aber auch in dieser Begrenzung ist ein Machtausgleich wichtig. Wenn Parteichef, Staatschef und Regierungschef einander mit je eigenen Kompetenzen relativ selbstständig gegenüberstehen, fällt auch der gemeinsamen Partei die Willkür nicht mehr so leicht.

Tatsächlich zeigt die zuvor skizzierte Geschichte des Präsidentschaftsamtes, dass die Frage seiner Existenz nicht unerheblich war. In der nach-maoistischen Zeit sind die Chancen für ein echtes Gegengewicht noch grösser geworden, und eine Annäherung an Gewaltentrennung ist besser als keine. Der gute Wille der Führung liegt vor, Verhältnisse zu schaffen, in denen das Land nicht allein auf den guten Willen der Führung angewiesen ist.



Chinesische Karikatur aus der Zeit der Kulturrevolution: Die Revisionisten umarmen Chruschtschow. Links sieht man Deng Xiaoping, den heutigen starken Mann Chinas, der damals Generalsekretär der Partei war, und rechts Liu Shaoqi, den damaligen Staatspräsidenten. In Wirklichkeit hatten Deng und Liu mit Chruschtschow nichts zu tun. Dieser war zu jener Zeit schon gestürzt, aber die Maoisten brauchten ihn nach wie vor zur Verkörperung des sowjetischen Revisionismus.

Das Dokument

Augenzeuge über Georgier Unruhen

In der Sowjetrepublik Georgien ist es seit Ende März dreimal zu «kulturellen» Massendemonstrationen gekommen. Ueber die jüngsten Vorfälle in der früheren Hauptstadt Mzcheta, dem traditionsreichen religiösen Zentrum 20 km nördlich von Tbilissi, berichtet uns ein Augenzeuge («Russkaja mysl», Paris, 7. 5. 1981).

Es war am 14. April. Zum Jahrestag der 1978er Demonstration zur Verteidigung der georgischen Kultur kamen rund 500 Menschen in die Kathedrale von Mzcheta. Man erwartete, dass nach der Feier eines Tedeums für Georgien Tonbandaufzeichnungen alter georgischer Lieder abgepielt würden.

Die Behörden hatten offenbar im voraus von dieser Veranstaltung erfahren. Sie hatten darum bekanntgegeben, dass an diesem Tag in der Stadt (mit gut 7000 Einwohnern; Anm. ZB) ein grosser Sportwettkampf stattfinden werde, deshalb konnte man am 14. April weder mit dem Auto noch per Bahn nach Mzcheta gelangen. Dennoch schafften es viele, sich durchzuschlagen. Einige kühne Leute kamen auf die Idee, die Strecke Tbilissi—Mzcheta auf dem Kura-Fluss in Booten zu überwinden.

Unter den Anwesenden in der Kathedrale waren sehr viele junge Menschen. Auch der Rektor der Universität Tbilissi sei darunter, hiess es.

Als die Versammelten die Tonbandapparate einschalten wollten, wurde in der ganzen Stadt der Strom abgestellt. Aber die Leute gaben nicht auf: durch die ganze Stadt erklangen alte georgische Melodien und religiöse Gesänge. Die gesamte Menge sang, und Passanten schlossen sich ihr an.

Ein paar Tage später kam unerwartet der georgische Parteichef Schewardnadse in die Universität in Tbilissi gefahren. Es versammelten sich etwa 100 Studenten. Sie forderten, dass die Petition der Demonstration von 1978 laut verlesen werde. Schewardnadse lehnte das kategorisch ab. Darauf verliessen alle Studenten den Saal.

Soweit der Augenzeugenbericht. Am 23. März hatte eine Demonstration von etwa 1000 Tbilissier Studenten die Wiedereinstellung des Spezialisten für georgische Literatur Bachradse an der Universität erwirkt. Eine zweite Demonstration (500 Teilnehmer) fand am 30. März anlässlich einer Sitzung des Georgischen Schriftstellerverbandes in Tbilissi statt; Plakate forderten ein erweitertes Studium der georgischen Geschichte an Schulen und Hochschulen sowie die «aktivere Verwirklichung» von § 75 der Republikverfassung (über Gebrauch und Entwicklung der georgischen Sprache). KP-Chef Schewardnadse empfing Vertreter der Demonstranten und zeigte sich mit einem Teil der Forderungen einverstanden; namentlich versprach er, einen der Initianten der Bewegung für die Entwicklung der georgischen Sprache aus der Untersuchungshaft freizulassen.